



**Niederschrift
zur 5. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der
Stadt Zossen**

Sitzungstermin: Montag, den 22.06.2009
Sitzungsbeginn: 19:03 Uhr
Sitzungsende: 22:00 Uhr
Ort, Raum: Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,
Marktplatz 20 in 15806 Zossen

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Sven Baranowski

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Markwardt

Frau Petra Miersch

Herr Rolf von Lützwow

sachkundige Einwohner

Herr Thomas Blanke

Herr Joachim Büder

Frau Kerstin Lindstedt

Amtsleiterin Ordnungsamt

Frau Stefanie Klähn

Amtsleiter Rechts- und Personalamt

Herr Raimund Kramer

Öffentlichkeitsarbeit

Herr Axel Jürs

Protokollantin

Frau Carmen Schulze

Gäste

Herr Carsten Preuß

Stadtverordneter

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Peter Hummer

entschuldigt

Herr Dr. Rainer Reinecke

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Detlef Klucke

Frau Ulrike Nowy

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wurde um 19:03 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden eröffnet.

zu 2 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von den sechs ordnungsgemäß geladenen Ausschussmitgliedern waren zum Zeitpunkt vier anwesend.

zu 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

zu 4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 18.05.2009**

Herr Baranowski fragte nach, ob es Einwendungen gegen die Niederschrift gäbe.

Frau Miersch machte folgende Anmerkung zu TOP 9.1. Absatz 2. Hier müsste anstatt „... Entschädigungsverordnung ...“ „... **Entschädigungsatzung** ...“ stehen.

Herr Baranowski forderte eine zusammenfassendere Protokollierung zu den Anfragen und Mitteilungen und bat alle Ausschussmitglieder ihn dahingehend mehr zu unterstützen.

Es gab keine weiteren Anmerkungen, somit wurde das Protokoll in der geänderten Form zur Kenntnis genommen.

zu 5 **Bericht aus der Verwaltung**

Durch die Verwaltung wurden mündlich alle Anfragen aus der letzten RSO-Sitzung vom 18.05.2009 beantwortet. Weiterhin informierte Herr Kramer vom Rechts- und Personalamt über

- Stand der 15 Klageverfahren – Termin am 15.07.2009; sobald Ergebnisse vorliegen, wird Verwaltung berichten;
- Besetzung der Schiedsstelle (Wahlergebnisse, Lehrgänge, techn. Aufstellung, neue Sprechzeiten etc.).

Frau Klähn vom Ordnungsamt informierte wie folgt:

- Außendienstkontrollen (täglich) an Sparkasse in Dabendorf;
- Dabendorf B 96 (Brbg. Straße) – Rechts- bzw. Linksabbiegerspur aufgrund der Breite nicht ohne weiteres möglich;
- Trampelpfad an Sparkasse – Eigentümer ist Sparkasse, Maßnahmen sind nur durch die Eigentümer möglich;
- Sicherheit Bahnquerrung Dabendorf – Zuständigkeit liegt bei der Bundespolizei.

Seitens der Ausschussmitglieder wurde nochmals ausführlich über das seit Monaten bekannte Problem der Bahnquerrung diskutiert. Ein Gerüst stehe schon da - es müsse eine Lösung herbeigeführt werden. Es wurde vorgeschlagen, über eine Kostenteilung mit der Bahn nachzudenken.

zu 6 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Durch die Ausschussmitglieder wurden folgende Mitteilungen und Anfragen gestellt:

- Brücke im Stadtpark – dringender Handlungsbedarf erforderlich.
- Stand der Auszahlung Abschlag 90 % an Tagesmütter? Herr Kramer bestätigt, dass Zahlungen abzgl. der bereits gezahlten Beträge angewiesen wurden.
- Stand der Bürgermeisterrunde am 18.06.2009 bezüglich der Abrechnungsmodalitäten mit den Tagesmüttern? Ergebnisse hierzu waren Herrn Kramer noch nicht bekannt.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 8 Beratung von Beschlussvorlagen

**zu 8.1 Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet "Innenstadt Zossen"
Vorlage: 061/09**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt den vorliegenden Entwurf der Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet „Innenstadt Zossen“

a) *in der vorliegenden Form*

oder

b) *in der, wie aus dem Protokoll ersichtlich, geänderten Form.*

Es wurde ausführlich über die Satzungen aus den Jahren 1994 und 2005 diskutiert. Hier wurde festgehalten, dass die Satzung von 1994 nie aufgehoben wurde und die Satzung von 2005 nie wirksam geworden ist. Mit der Bitte um Protokollierung wurde hierbei folgende Frage aufgegriffen, die geklärt werden muss:

- Was passiert mit der Satzung von 1994?

Die Ausschussmitglieder gingen den Entwurf zur Gestaltungssatzung nochmals gemeinsam durch und machten Anmerkungen und gaben Anregungen, die in den Ausschuss BBW eingebracht werden müssen. Weiterhin wurden folgende Hinweise gegeben:

- Klärung, welche Satzungstatbestände aus der Satzung von 1994 nicht in der neuen Satzung enthalten sind und ob eine Neuregelung erforderlich sei.
- Der Sanierungsträger sollte in die weitere Satzungsprüfung unbedingt mit einbezogen werden.

Unter Berücksichtigung der Anmerkungen/Anregungen wurde eine Empfehlung abgegeben: 4 / 0 / 0

zu 9 Anträge von Fraktionen

zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.05.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 20.05.2009:

**Resolution der Stadtverordnetenversammlung Zossen gegen die Schließung der Polizeiwache Zossen und gegen weiteren Personalabbau
Vorlage: 060/09**

Beschlussvorschlag:

*Nein zur Schließung der Polizeiwache Zossen
Der Landtag wird aufgefordert, die Schließungspläne der Polizeiwache Zossen zurückzunehmen und die Stellenstreichung bei der Kriminalpolizei zu stoppen.*

Herr Preuß machte folgende Anmerkungen:

- Petition sollte eingereicht werden – wäre nicht erfolgt.
- Sieht Schließung der Polizeiwache Zossen als sehr kritisch an und appellierte, diese in Zossen zu belassen.

Nach eingehender Diskussion wurden folgende Änderungen/Einfügungen in dem vorliegenden Antrag vorgeschlagen:

- 3. Absatz: Streichung: „... an einem Tatort ...“, zu ersetzen durch „... **vor Ort** ...“
- 5. Absatz: Zusatz: „**Schutz**- und Kriminalpolizei ...“

Herr Preuß wurde befragt, ob er mit den Änderungen/Einfügungen einverstanden wäre. Er bejahte dies.

Es wurde eine Empfehlung in der geänderten Fassung abgegeben: einstimmig 4 x Ja

zu 10 **Beratung über weitere Vorgehensweise zum Antrag der Fraktionen vom 26.02.2009**

Für einen Neuanfang bei der Gestaltung insbesondere des Amtsblattes ist eine entsprechende Beschlussfassung notwendig. Hierzu wurde ein Antrag der Fraktionen als Entwurf vom 26.02.2009 der Verwaltung übersandt. Der Entwurf des Antrages lag den Ausschussmitgliedern schriftlich vor.

Herr Kramer bezog sich in diesem Zusammenhang auf sein Schreiben vom 26.03.2009 hinsichtlich der Form zum Antragsinhalt. Aus Sicht der Verwaltung besteht hier kein Handlungsbedarf.

Herr Jürs erläuterte die Gestaltung des Amtsblattes anhand eines Musters.

Es wurde detailliert über den Antragsentwurf diskutiert und folgende Änderungen/Ergänzungen eingebracht:

zu 1.) Satz 1

Ergänzung: „... neben dem amtlichen Teil auch einen **nichtamtlichen**, redaktionellen Teil, ...“

zu 2.) Satz 1

Streichung: „... zu gleichen Teilen., ~~diese gestalten den ihnen zustehenden Platz eigenverantwortlich.~~“

Es wurde einvernehmlich festgehalten, dass der überarbeitete Antrag mit den o. g. Änderungen und Ergänzungen durch die Ausschussmitglieder des RSO in die Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung eingebracht wird. Zu dieser Verfahrensweise wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmung zur Entwurfsvorlage: Antrag zum Amtsblatt mit den Änderungen wird als Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. 4 / 0 / 0

zu 11 **Beratung Änderungsvorschläge zur Entschädigungssatzung**

Herr Kramer machte Anmerkungen zur Überarbeitung der Entschädigungssatzung und bezog sich hierbei auf sein Schreiben vom 11.06.2009, das allen Ausschussmitgliedern schriftlich vorlag. Im Nachgang zur letzten RSO-Sitzung wurde nochmals dezidiert geprüft, welche rechtlichen Maßstäbe zu beachten wären. Nach Auskunft des zuständigen Bearbeiters im Städte- und Gemeindebund Brandenburg wäre die Rechtslage im Land Brandenburg höchst uneinheitlich. Da es im vorliegenden Fall auf die Sichtweise im Landkreis Teltow-Fläming ankäme, habe er sich mit Schreiben vom 29.05.2009 an die zuständige Kommunalaufsicht mit der Bitte um eine entsprechende Klärung gewandt. Sobald eine Beantwortung in verbindlicher Form der Verwaltung vorläge, würde er den Ausschussmitgliedern diese zukommen lassen.

Folgende Punkte wurden diskutiert:

- Fahrkostenerstattung
- Aufwandsentschädigung für Stadtverordnete in Höhe von 100 € (wäre problemlos zu argumentieren und zu rechtfertigen)
- Einbindung der Aufwandsentschädigung der sachkundigen Einwohner
- Regelung sollte ab 2010 geschaffen werden

Herr Baranowski stellte den Tagesordnungspunkt 11 mit der Bitte um Prüfung wie folgt zurück:

- Regelung einer eigenen Pauschale und nicht doppeltes Sitzungsgeld
- Regelung Kinderbetreuungskosten

Herr Kramer unterbreitete folgenden Vorschlag bezüglich der Aufwandsentschädigung zur nächsten RSO-Sitzung nach der Sommerpause:

- Fraktionen sollen Höhe benennen und gleichzeitig eine Begründung abgeben.

Herr Blanke erklärte sich bereit, der Verwaltung einen Begründungsentwurf zur Aufwandsentschädigung zu übersenden.

Der Tagesordnungspunkt 11 wurde somit auf die nächste RSO-Sitzung nach der Sommerpause vertagt.

Herr Blanke verließ die Sitzung um 21:25 Uhr.

zu 12 Abstimmung über Hauptsatzung als Beschlussvorlage für die nächste Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Die Ausschussmitglieder stellten den Antrag, die Beschlussvorlage 057/09 erneut in ungeänderter Fassung als Tagesordnungspunkt zur Abstimmung in die nächste Stadtverordnetenversammlung zu bringen.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

zu 13 Beratung zur Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Wie im letzten RSO-Ausschuss gefordert, lag den Ausschussmitgliedern seitens der Verwaltung schriftlich eine Synopse zur Geschäftsordnung vor.

Um einen Entwurf für die neue Geschäftsordnung zu erarbeiten bat Herr Baranowski um Mithilfe. Bezüglich der Frage des künftigen Sitzungstages der Stadtverordnetenversammlung und der Gestaltung der Ausschüsse ist innerhalb des RSO-Ausschusses kein Konsens zu erzielen. Hierzu verteilte Herr Baranowski ein Hinweisschreiben vom 22.06.2009 mit den entsprechenden Fragebögen (Sitzungstag SVV und Ausschussgestaltung), die durch alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ausgefüllt werden sollten. Es wurde festgehalten, dass die Fragebögen mit der Einladung zur nächsten Stadtverordnetenversammlung versendet werden. (Abgabetermin der Fragebögen zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 08.07.2009). Eine Auswertung der Fragebögen erfolgt dann durch Herrn Baranowski.

Herr Baranowski schlug vor, die Beratung zur Geschäftsordnung zu vertagen und noch vor der Sommerpause einen zusätzlichen Beratungstermin zur Geschäftsordnung durchzuführen. Die Ausschussmitglieder einigten sich einvernehmlich auf den Termin am 16.07.2009 um 19:00 Uhr. Eine fristgerechte Einladung erfolgt seitens der Verwaltung.

Um 21:45 schloss Herr Baranowski den öffentlichen Teil der Sitzung.

Sven Baranowski
Ausschussvorsitzender

Carmen Schulze
Protokollantin